

Der Freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt
mit Erzähler vom Schwarzwald · Erste Tageszeitung des Oberamts Neuenbürg

Amtsblatt für Wildbad
mit amtlicher Fremdenliste

Erscheint Werktags

Telephon Nr. 41

Bezugspreis monatlich 80 Pfg. Durch die Post
im Nachbarortverkehr 2.15 M., in Württemberg
2.20 M. vierteljährlich, hierzu Bestellgeld 30 Pfg.

Anzeigen 12 Pfg., von auswärts 15 Pfg. die Gar-
mondzeile oder deren Raum.
Reklame 25 Pfg. die Zeile.
Bei Inseraten, wo Auskunft in der Expedition
zu erlangen ist, wird für jedes Inserat 10 Pfg.
besonders berechnet. Bei Offerten 20 Pfg.

Nr. 291

Donnerstag, den 12. Dezember 1918.

35. Jahrgang.

An die sozial tätigen Frauen Württemberg

Wir gehen infolge der harten Waffenstillstandsbedingungen einer unendlich schweren Uebergangszeit entgegen, noch dazu im Winter, während im Volk vielfach die naive Vorstellung herrscht, daß es nun von einem Tage zum andern besser mit unserer Versorgung überhaupt mit unseren Lebensbedingungen werden müsse. Das kann zu bitteren Enttäuschungen führen. Um dieser Gefahr vorzubeugen, müssen die Frauen in Stadt und Land auf die etwa zu erwartenden Schwierigkeiten aufmerksam gemacht und deren Zusammenhang mit Deutschlands allgemeiner Lage ihnen dargelegt werden. Außerdem bedürfen sie in dieser schwierigen Zeit auch unmittelbarer Anleitungen für ihr praktisches Verhalten, ganz besonders, was die so dringende notwendige Sparlichkeit mit Heiz- und Beleuchtungsmitteln betrifft.

In Stuttgart hat der Nationale Frauendienst diese Belehrung in die Hand genommen, unterstützt durch den Verband Stuttgarter Hausfrauen. Vertreterinnen sämtlicher sozial tätiger Organisationen wurden zu einer Versammlung geladen und über die Aufgabe belehrt in der Voraussetzung, daß auf Grund der empfangenen Anregungen eine jede ihrerseits im Kreise der Frauen, deren Vertrauen sie genießt, weiter ausflarend wirken möge. Geeignete Sachleute geben Aufklärung über die verschiedenen Fragen und es wurden praktische Ratsschläge erteilt, die empfangene Belehrung weiterzugeben. Als Beihilfe zur Deckung der Kosten wurde ein Eintrittsgeld von 30 Pfennig für die Person erhoben. Im ganzen Lande sollte in ähnlicher Weise gearbeitet werden, unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse. Namentlich auf dem Lande wird darauf Bedacht genommen werden müssen, bestehende Einrichtungen, wie Mütterabende, Näh- und Tischstube, Jungfrauenvereine und andere kirchliche Veranstaltungen dieser Belehrung nutzbar zu machen.

Ein von Anna Schieber im Auftrag des Nationalen Frauendienstes Stuttgart verfaßtes Flugblatt, das an Stelle mündlicher Belehrung den Frauen in die Hand gegeben werden kann, ist zum Preise von M. 2.00 für das Hundert von der Geschäftsstelle des Nationalen Frauendienstes Stuttgart, Gustav-Siegler-Haus, zu beziehen.

Die Vorsitzende des Nat. Frauendienstes Stuttgart:
Anna Lindemann.

— Der kaiserliche Sonntag, der dritte Sonntag vor dem Weihnachtsfest, hat einen verhältnismäßig nicht unbedeutenden Geschäftsverkehr gebracht, wenn die allgemeinen Verhältnisse und die durch die Kohlennot bedingten Einschränkungen in Rechnung gezogen werden. Gegenüber früheren Jahren ist freilich der Verkehr wesentlich geringer. Die Kaufkraft steigt bekanntlich von einem Sonntag zum andern, doch läge es im Interesse nicht nur der Verkäufer, sondern fast mehr noch der Käufer selbst, wenn die Einkäufe möglichst nicht auf den letzten, den goldenen Sonntag, hinausgeschoben werden.

— Die bad. Jugendwehr ist mit Zustimmung der bad. vord. Volksregierung mit sofortiger Wirkung aufgelöst worden.

— Vom Reichsbekleidungsamt. Der Reichskommissar für bürgerliche Kleidung, Geh. Regierungsrat Dr. Bentler, hat seine sofortige Beurlaubung beantragt.

Der Abbau der Reichsbekleidungsstelle wird fortgesetzt. In der nächsten Zeit kommen auch die Strümpfe auf die Freiliste. Da die Heeresverwaltung ihre Woll- und Baumwollrohstoffe den Zivilisten zuführen läßt, und die Fertigfabrikate des Heeres an Strümpfen gleichfalls durch die Kriegswirtschaftsaktiengesellschaft dem Handel zugeführt werden, dürften genügend Strümpfe für die Zivilbevölkerung freierwerden. Ein weiterer Schritt der Reichsbekleidungsstelle besteht darin, daß der § 11a der Bezugsscheinbestimmungen aufgehoben wird. Mitteln können die Geschäftsinhaber wieder ankündigen, welche Waren bezugscheinpflichtig und welche bezugscheinfrei sind.

— Der Verkehr mit Einstellschweinen bis zu 25 Kg. Lebendgewicht ist von der württ. Landesversorgungsstelle von einigen Einschränkungen befreit worden. Der gewerbsmäßige Handel ist allen Händlern gestattet, die von der Landesstelle einen Erlaubnischein erhalten, wobei besonders auch die aus dem Felde zurückgeführten Händler berücksichtigt werden. Der Verkauf zwischen Schweinegaltern ist freigegeben, jedoch ist der Wiederverkauf anzeigepflichtig. Der Verkauf von Schweinen über 25 Kg. darf nach wie vor nur an die Landesversorgungsstelle oder deren Beauftragte erfolgen; sonst ist Verkaufsgenehmigung erforderlich.

— Entlassungspapiere im besetzten Gebiet. Nach gütlicher Mitteilung erklärte der Vorsitzende der

französischen Waffenstillstandskommission, daß jetzt auch die von Soldatenräten ausgestellten Entlassungspapiere anerkannt werden sollen, wenn sie von einer Ortsbehörde als gültig bezeichnet werden. Alle entlassenen Heeresangehörigen, die sich nach den besetzten Gebieten oder den Bräuterköpfen begeben wollen, werden in ihrem eigenen Interesse aufgefordert, sich die Gültigkeit ihrer von Soldatenräten ausgestellten Entlassungspapiere nachträglich von einer deutschen Ortsbehörde bescheinigen zu lassen.

Einfranzösisch beheimatete Wehrpflichtige dürfen, auch wenn sie im Besitz der Entlassungspapiere sind, das besetzte Gebiet nur in Zivilkleidung betreten. Tragen sie Uniform, so werden sie als Kriegsgefangene behandelt.

— Die diesjährige Kartoffelernte entspricht in Menge und Güte nicht den Erwartungen. Unter diesen Umständen muß das Verfüttern gesunder Speisefarstoffe verhindert werden, wenn nicht ein Zusammenbruch in der Versorgung der großen Städte mit Kartoffeln erfolgen soll. Ebenso verlangt die Weiterführung der Getreide- und Brotversorgung, daß die Verbote der Verfütterung von Getreide streng durchgeführt werden. Die Verfütterung unerlaubter Verfütterung von Getreide und Speisefarstoffen ist deshalb nach Möglichkeit herabzumindern. Dies kann in wirksamer Weise vor allem durch eine Beschleunigung der Bornahe von Hauschlachtungen durch die Selbstverorger geschehen. Der Staatssekretär des Reichsernährungsamts hat daher angeordnet, daß sämtliche Hauschlachtungen von Schweinen bis spätestens 31. Dezember 1918 durchgeführt sein müssen.

Dieser Anordnung wird von der ländlichen Bevölkerung wohl umso eher Verständnis entgegengebracht werden, als ihr aus der Sicherstellung des Fleisch- und Fettbedarfs und der Bevorzugung der Selbstverorger in der Verbrauchsfrage für einen längeren Zeitraum erhebliche Vorteile erwachsen, während die gesamte versorgungsberechtigte Bevölkerung hierin weitans schlechter gestellt ist. Sollten besondere Umstände in Einzelfällen Ausnahmen als unumgänglich notwendig erscheinen lassen, so können die Kommunalverbände auf Antrag kurzfristige Ausnahmen nach Maßgabe der obwaltenden Verhältnisse unter der Voraussetzung zulassen, daß die Möglichkeiten der Weiterfütterung der Schweine mit erlaubten Futtermitteln einwandfrei nachgewiesen ist. Infolge der schwierigen Beschaffungsmöglichkeit von Einstellschweinen im

Ein Deutscher

Von Otto Ruppikus.

Der Schwarze zog seinen Mund fast bis zu den Ohren und begann seine Hände zu kneten. „Ich weiß nicht!“ sagte er nach einer Weile zögernd, sich schen nach der Tür umsehend.

„Well, Bob, dann nachher; es fällt mir eben etwas anderes ein!“ unterbrach Reichardt die Pantomimen des Regers. „Ich werde jedenfalls schon übermorgen früh abreisen und vielleicht kann ich Euch nicht wieder sprechen. — Wie war das Nähere über die Geschichte zwischen Young und Eurem Herrn?“ fuhr er mit vorsichtiger gedämpfter Stimme fort.

„Eh! um Christi Willen!“ rief der Wellkopf wie in einem plötzlichen Schrecken beide Hände erhebend.

„Ich weiß, Bob, ich weiß!“ entgegnete der Deutsche noch leiser, „es geht mich auch nichts an; aber die Geschichte interessiert mich, da ich so viel davon gehört habe, und man lernt dar u die Verhältnisse hier kennen!“

„Ich darf kein Wort sagen, Sir,“ versetzte der Schwarze, wie in halbem Entsetzen, „er schiedte mich hinunter nach den Zudeplantagen, wenn etwas davon ausläme!“

Reichardt sah ihn eine Sekunde ungewiß an. „Alles Unsinn!“ sagte er dann, sich fast wegdrehend. „Sagt daß Ihr nichts wißt, Bob, und so braucht Ihr wenigstens einen Mann, der gern für Euch getan hätte, was er gekonnt, keine unwahren Aussagen vorzumachen.“

„O Sir, sagen Sie nicht so!“ rief der Reger erregt, aber mit ängstlich unterdrückter Stimme, „ich habe ja die Miß Young selbst mit ins Kirchenstübchen getragen, als sie zu Boden stürzte; ich würde mir lieber die Zunge abbeißen, als Ihnen eine Lüge sagen, Sir!“

Durch Reichardts Gebirn schoß plötzlich ein heller Blitz — die Glaubenserweckung, von der ihm Harriet erzählt, die Gemütsregungen, in die Youngs Schwes-

ter dabei gefallen war; — noch fehlte ihm zwar jeder Zusammenhang, aber er ahnte, um was es sich handeln könnte.

Der Reger sah sich nochmals schen nach der Tür um und fuhr dann halblaut fort:

„Es war am dritten Abend der Glaubenserweckung, wo die Sache passierte, ich weiß es noch genau, denn ich hatte doppelt so viel Lampen als gewöhnlich anzünden müssen. Der fremde Prediger hatte so gewaltig gesprochen, daß viele Belehrungen geschahen; es war ein Wiedererwecken und Stöhnen und ein Händeringen, wie ich es noch niemals gesehen. Mit einem Male aber sprang die Miß Young in die Höhe und schrie, daß mans durch die ganze Kirche höre: „Christ is coming! Glory, Glory, Glory!“ und schlug mit den Armen um sich, und „Glory!“ schrien die anderen, und plötzlich stürzte die junge Miß zu Boden. Da fing der fremde Prediger wieder an zu reden, daß es nur so donnerte, und es ging wieder los unter den Lebigen mit Schlägen vor die Brust und Stöhnen; Mr. Curry aber war auf die junge Miß zugezogen, die mit Händen und Füßen zuckte, und winkte mich herbei. Ich mußte sie unter den Armen lassen, er nahm ihre Füße auf, und so trugen wir sie ins Kirchenstübchen — von den anderen, die um sie herum gewesen waren, hatte noch nicht einmal eins den Kopf nach ihr gedreht. Wir lehnten sie ins Sofa, und Mr. Curry schiedte mich durch die Hintertür, wo es ins Freie geht, fort. Well, Sir, ich war von dem langen Sipsen auf einem Fleck müde und vertrat mir ein Weilchen die Beine; da kommt, eben wie ich daran denke, meinen Platz wieder einzunehmen, Mr. Young an mir vorbeigeschossen und will ins Kirchenstübchen — die Tür aber war verschlossen. Er rüttelt erst und tut dann einen gewaltigen Stoß dagegen, und die Tür springt auf.“

Der Schwarze machte eine Pause und sah wie in seinem Zögern dem jungen Manne ins Gesicht. Dieser aber nickte ruhig und sagte: „Ich weiß schon, was kommt, Bob, erzählt nur ohne Furcht weiter!“

Bob tat einen tiefen Atemzug, blidte wieder ängstlich um sich und fuhr dann flüsternd fort: „Ich hatte einen Gedanken, es könne hier ein Unglück geben — und darauf an die aufgedroffene Tür. Mister Curry stand so weiß wie sein Hemdenkragen vor dem Sofa, und die junge Miß lag, und hielt den jungen Gentleman zurück, der zu seiner Schwester wollte; der aber rief ihn mit einem Rud auf die Seite, und ich konnte mich sehen, daß die junge Lady nicht —“ der Erzähler warf aufs neue einen schenen Blick durch das Zimmer, „nicht mehr so balag, als wir sie hingelegt hatten. Mr. Young hatte auch kaum seine Augen auf sie gerichtet, als er meinen Herrn bei beiden Schultern packte. Ich aber dachte: jetzt gehts los! trat in die Tür und sagte: „Bob ist jetzt hier, Mr. Curry!“ Der junge Gentleman fuhr nach mir herum und ich sah, daß er trotz der Wut in seinem Gesichte unschlüssig wurde, was er tun sollte. Endlich nahm er seine Hände von Mr. Currys Schulter und sagte: „Ich spreche Sie morgen früh, Sir!“ Das war das erste Wort, das gesprochen ward. Dann richtete er die junge Lady auf, sie wankte wie betrunken in seinen Armen und führte sie nach der Tür. Mr. Curry sah so gleichmütig wie jemals zuvor aus und ging langsam auf und ab. „Das ist ein Wahnsinniger, dem aber Verstand beigebracht werden soll,“ sagte er; „Indessen, Bob!“ — und damit blieb er vor mir stehen — „ich will nicht, daß etwas verläutet, kein Hauch davon, Bob, jetzt geht!“ Als ich wieder auf meinem Platz in der Hintertür ankam, sah ich auch schon Mr. Curry beim Altar, und bald darauf fing er selber an zu predigen, so schön und rührend, wie er es noch kaum getan. — Well, Sir, der Sprecher mit einem neuen Atemzuge fort, als er eine schwere Aufgabe hinter sich, am nächsten Morgen kam Mr. Young schon ganz frisch in unser Haus und sah aus wie eine schwarze Gewitterwolke, die nur auf einen kleinen Knospe wartet, um loszuknallen. Ich führte ihn, wie es mir geheißen worden war, in die Hofstube.“

Frühjahr und Sommer 1918 werden die Hauschlacht-
schweine zurzeit zwar in vielen Fällen noch nicht das
namentlich mit Rücksicht auf die Speckgewinnung er-
reichte Gewicht haben. Es ist aber ganz unzmög-
lich, eine über den genannten Zeitpunkt hinausgehende
Fütterung der Schweine allgemein zuzulassen, da diese
nur auf Kosten der Kartoffelversorgung der notleidenden
großen Städte geschehen könnte. Die fehlende Schlach-
treife eines Hauschlachtungs Schweins kann daher für sich
allein, falls nicht die Möglichkeit der Weiterfütterung
mit erlaubten Futtermitteln gewährleistet ist, keinen
Grund zu einer Ausnahmegewährung bilden.

Die durch die Verordnung vom 24. Oktober 1917
vorgesehene Speck- oder Fettablieferung aus Hauschlach-
tungen bleibt, wie mitgeteilt, unverändert bestehen und
muss bei dem großen Fettmangel der Städte auch rest-
los durchgeführt werden. Die nach dem 1. Januar 1919
noch in den Beständen der Schweinehalter ohne besondere
Benehmigung befindlichen schlachtfähigen Schweine wer-
den, abgesehen von den Jungschweinen — auf deren Er-
haltung mit allen Mitteln hingewirkt werden muss —
and von noch nicht abgenommenen Vertragschweinen,
die Bezug zur Erfüllung der Schlachtviehumlage heran-
gezogen werden.

Freiheit der Meere?

Unter den 14 Punkten Wilsons, die unsere Gegner
so gut wie wir als Grundlagen für den zu schließenden
Frieden anerkannt haben, ist auch die „Freiheit der
Meere“ aufgeführt. Was England darunter versteht, ist
bekannt. Aus den Vereinigten Staaten klingt es anders.
Die „Newport World“ hat einen auch in England viel
beachteten Leitartikel über diese Frage veröffentlicht, in
dem sie zunächst darauf hinweist, dass bis zu dem Tage,
an dem Amerika in den Krieg eintrat, Washington und
London in sehr lebhaftem Meinungsansatz über die
Freiheit der Meere gestanden hatten, und britische Staats-
männer könnten kaum darüber im Zweifel sein, was das
Volk der Vereinigten Staaten darunter verstehe. Dann
führt das Blatt, das Wilson nahe steht, weiter aus:

In diesem Lande ist die Freiheit der Meere immer
mit der Unantastbarkeit des Privateigentums auf See
verbunden worden, wie solche zu Lande völkerrechtlich ge-
sichert ist. Wir haben an der Lehre festgehalten, dass
„Freischiff“ auch „Freigut“ bedeutet, das heißt, dass,
abgesehen von Baumwaren, Gut nicht beschlagnahmt wer-
den kann, und dass neutrale Schiffe, die es führen, nicht
weggenommen oder zerstört werden dürfen. Hauptächlich
durch den Widerstand Großbritanniens sind wir ver-
hindert worden, diese Lehre im Völkerrecht durchzusetzen.
Das Völkerrecht ist gar zu oft in diesem Kriege von
beiden Seiten mißachtet worden. Großbritannien ge-
braucht Kunstgriffe, Deutschland Gewalt. Das eine hat
den Neutralen ungeheure Härten auferlegt, indem es
tatsächlich alles zur Baumwolle machte, das andere hat
mit den Unterseebooten unbesonnen Leben und Eigentum
von Neutralen und Feinden zerstört. Die Verantwortung
Großbritanniens kann zwar nicht mit der von
Deutschland verglichen werden, dennoch sind sie beide,
wenn auch in verschiedenem Grade, Übertreter. Bis
das Völkerrecht wiederhergestellt und zur Geltung ge-
bracht wird, werden wir keine Gewähr für einen all-
gemeinen Frieden der Freiheit haben, außer der Macht.
In keiner Hinsicht bedarf das Recht mehr der Erweiterung,
und jetzt, wo die ganze Frage der Kühlung zu Lande
und zur See sprunghaft wird, würden die Vereinigten
Staaten ihrer ganzen Geschichte untreu werden, wenn
sie nicht auf einer vollständigen und befriedigenden Lö-
sung dieser Frage, die sie aufgeworfen haben, bestünden.

Die Haltung der britischen Vertreter bei der Frie-
denskonferenz werde die Probe darauf sein, ob Eng-
land sich zur Unterstützung der Ideale, die der Präsident
hochhalte, bekenne. War sei der Völkerbund noch ein
Traum, aber eine Uebereinkunft der Völker, alte Miß-
bräuche aufzugeben, müsse sich jetzt schon erreichen lassen,
und nicht nur Großbritanniens, nein, auch die Vereinigten
Staaten, Frankreich und Italien würden nach ihrer Hal-
tung in dieser Frage beurteilt werden.

Die „Times“ sagt höflich hinzu: Man habe offen-
bar vergessen, „Freiheit der Luft“ und „Freiheit des
Landes“ zu erwähnen, Phrasen, die ebenso mannigfacher
Ausdeutung fähig seien, wie die „Freiheit der Meere“.

Wahr wir auch nicht einzusehen vermögen, warum die
Neutrale und das Eigentum, die durch die Hunger-
blockade vernichtet worden sind, niedriger im Werte stehen
sollen, als das, was durch unsere Landboote zugrunde
ging, die nur in der Notwehr handelten, so kann doch
schon lange kein Zweifel mehr daran bestehen, wo allein
noch Gefühl für Gerechtigkeit zu finden ist. Wie weit
auch Wille und Macht vorhanden sein werden, ihm zur
Geltung zu verhelfen, das kann nur die Zukunft lehren.
Zurzeit liegen trotz aller Not im Lande immer noch Mil-
lionen Tonnen deutschen Schiffsraums untätig im Hafen,
unsere arbeitslosen Fischer müssen die Hände in den
Schößen legen, und über das Maß der bisherigen Hunger-
blockade hinaus ist uns jetzt auch noch die Differ ge-
sperrt, und man hält die Neutralen uns fern, nur weil
es den Siegern so gefällt. Soll so vielleicht die neue
Freiheit der Meere aussehen?

Die Umwälzung im Reich.

Neues Ultimatum.

Berlin, 11. Dez. Der „Vorwärts“ hatte berich-
tet, daß die Entente ein neues Ultimatum an Deutsch-
land vorzubereiten scheint, um die Wiederherstellung
gesetzlicher Ruhe und Ordnung zu erzwingen. Die-
ser Schein, schreibt das Blatt, wird jetzt deutlicher und
soll zur Gewissheit. Wie der „Temps“ berichtet, liegt
eine Note der Entente an Deutschland auf eine so so-
tische Auflösung der gesamten A- und Sol-
daten-Räte der Pariser Konferenz zur Beschaffung
vor. Die Note stellt eine vierwöchige Frist
zur Wiedereinsetzung der rechtmäßigen Be-
hörden, nach deren Ablauf die Allierten selbst die

Bekämpfung des Bolschewismus in Deutschland in die
Hand nehmen würden. Weitere Londoner Meldungen
stützen die Wahrheitsliebe dieser Forderung. Die Zu-
sammenschließung der Truppen an der deutschen Grenze
dauert fort. Die „Times“ schreibt, daß ein Sieg der
Lieblingsgruppe für die Entente die Aufforderung sei,
in Deutschland einzumarschieren, um die Ordnung wie-
derherzustellen.

Neuwahlen zum Arbeiter- und Soldatenrat?

Berlin, 11. Dez. Nach Blättermeldungen sollen
bis Anfang Januar in ganz Deutschland Neuwahlen zum
Arbeiter- und Soldatenrat stattfinden.

Wilson's angebliche Ablehnung.

Berlin, 11. Dez. Pariser Blätter wissen zu be-
richten, Wilson habe auf die Einladung Eberis, Naafes
und Eisners, persönlich Deutschland zu besuchen, erklärt,
das deutsche Volk müsse lange Jahre arbeiten, um alle
Lebeltaten während des Kriegs gut zu machen. Kein
einzig Amerikaner werde daran denken, jetzt nach
Deutschland zu reisen, falls nicht amtliche Verpflichtungen
ihn dazu veranlassen. Er für seine Person lehne im
Vorans den Gedanken ab, Deutschland zu besuchen.
Wie von amtlicher Seite festgesetzt wird, ist eine solche
Einladung an den Präsidenten nicht ergangen. Die Un-
zuverlässigkeit der französischen Quelle läßt den Ver-
dacht aufkommen, daß man mit angeblichen Neußerungen
Wilson's das Verhältnis Deutschlands zu ihm ungünstig
influenzen will.

Wieder ein Protest an Joch.

Berlin, 11. Dez. General von Winterfeld hat an
Marschall Joch einen Einspruch gegen die unwürdige
Behandlung der deutschen Beamten und Eisenbahnbedien-
steten bei der im Zuge befindlichen Uebergabe des Ma-
terials erhoben, die trotz der von Joch zugesicherten Besse-
rung eher schlechter wurde. In Brüssel sollen etwa 80
höhere deutsche Beamte und Eisenbahnbediensteten in zwei
Kasernenräumen untergebracht worden sein, in denen
nicht einmal für Betten gesorgt war. In Lüttich hat das
Eisenbahnpersonal sich in ungeheiztem Zuge aufhalten
müssen, weil keine Quartiere angewiesen wurden. Am
5. Dezember nachmittags wurden sie in Gruppen zu 20
Mann zum Essen geführt. Voran ging ein Schutzmann,
zu beiden Seiten je drei Soldaten. Beim Verlassen des
Bahnhofs rief der Schutzmann der Bevölkerung laut zu:
„Attention, faites place pour les sales hochés, marche
à Paris.“ (Aufgepaßt, macht Platz für die dreidigen Sau-
löcher: es geht nach Paris!) Der Schutzmann trug die
Nummer 115. Die Deutschen wurden darauf von der
schreienden Menge beschimpft. Als die zweite Gruppe zum
Essen kam, war die erste noch beim Essen. Die Leute
der zweiten Gruppe mußten sich daraufhin an die ge-
genüberliegende Wand stellen. Der Schutzmann stand
dabei, ebenso vier Mann der Bewachung. Das Publikum
konnte die deutschen Beamten auf diese Weise länger als
eine halbe Stunde beschimpfen. Als die Deutschen
am 6. Dezember an der Mauer standen und auf das
Essen warteten, kam ein französischer Offizier vorbei
und rief laut in deutscher Sprache: „Ihr deutschen
Schweine, seid Ihr da? Euch müßte man laput machen.“
Ferner verboten die belgischen Soldaten den Deutschen
zu rauchen und zu sprechen. Deutsche Notizen zu 50 Mk.
wurden nirgends angenommen. Außer einem warmen
Mittagessen haben die Leute keinerlei Verpflegung, auch
kein Brot erhalten.

Die Versorgung Deutschlands.

Berlin, 11. Dez. Die „Deutsche Allg. Ztg.“ er-
fährt, daß die alliierten Regierungen hinsichtlich der Ver-
sorgung Deutschlands auf dem Standpunkt stehen, die
Versorgung von Lebensmitteln sei erforderlich in dem Maße,
wie sie durch die tatsächliche Notlage berechtigt erscheine.
Eine solche Notlage bestche in den größeren und großen
Städten, jedoch nicht auf dem platten Lande. Es sei
berechnet worden, daß die Bevölkerung Deutschlands, die
mit Lebensmitteln zu versorgen sei, auf 37 Millionen
geschätzt werden müsse. Ein entsprechender Vorschlag liege
bei den zuständigen Stellen vor. Es sei jedoch noch keine
Entscheidung getroffen.

Die Einberufung des Reichstags verlangt.

Köln, 11. Dez. Die Oberbürgermeister von Köln
und Koblenz haben in Telegrammen an die prov. Re-
gierung und an den Präsidenten Fehrenbach die Ein-
berufung des Reichstags verlangt. Die Absicht Frank-
reichs, das ganze linksrheinische Gebiet wegzunehmen,
werde von Belgien und Italien unterstützt und England
werde nicht dagegen sein. Nur Amerika stimme nicht zu.
Nur schleunigste Wiederherstellung der rechtmäßigen ge-
setzgebenden Gewalt könne noch das Unglück abwenden.
Der Reichstag solle sich in Kassel, Koblenz oder Limburg
a. d. Lahn versammeln.

Eine fragwürdige Meldung.

Berlin, 11. Dez. Nach einer Meldung der „Deut-
schen Allg. Ztg.“ sollen die polnisch-amerikanischen Di-
visionen unter dem Befehl des Generals Haller nach
Le Havre abgereist sein, wo sie sich nach Leipzig ein-
schiffen würden, um die Provinzen Posen und Schlesien
zu besetzen und das Hauptquartier in Posen aufzu-
schlagen.

Berlin, 11. Dez. Die „Tägl. Rundschau“ berichtet,
der frühere russische Gesandte Zoffe hat in einem Funk-
bruch behauptet, daß Hoase und Barth, die Unabhängigen
in der Regierung, von ihm Geld, Waffen und Munition
für revolutionäre Zwecke erhalten hätten, um in Deutsch-
land Revolution zu machen. Bei der Regierung entstand
deshalb eine Krise, indem alle bürgerlichen Mitglieder
auszutreten beabsichtigten. Erst eine Erklärung von
Naafes und Barth beseitigte die Krise. Jedenfalls wird
die Frage, wer das Geld usw. zur Revolution gegeben
hat, noch einmal restlos aufgeklärt werden.

Verletzung der Pressefreiheit.

Leipzig, 11. Dez. Am Montag abend wurde
eine Versammlung des demokratischen Vereins in Leip-
zig von Matrosen, Soldaten und Zivilisten gesprengt.

Darauf zog die Menge vor das Gebäude der „Völpziger
Neuesten Nachrichten“ und drohte den Betrieb zu zer-
stören, wenn das Blatt einen Bericht über die Veramm-
bringe. Das Blatt erhob telegraphisch Beschwerde bei
der Reichsregierung.

Hamburg, 11. Dez. Der Arbeiter- und Soldaten-
rat erklärte den „Hamb. Korrespondenten“, der in den
gegenrevolutionären Putz verwickelt sein soll, als Organ
des A.S.R.

Die Auflösung der heftigen A.S.-Räte.

Berlin, 11. Dez. Die „B. B. Z.“ schreibt: Hessen
hat, indem es sämtliche Arbeiter- und Soldatenräte auf-
löste und dafür Volksräte zu bilden im Begriff ist,
den ersten Schritt getan zu dem unvermeidlichen Abgleich

der unliberalen Rätewirtschaft, die Frieden und Lebens-
mittelzufuhr verhindert. Die Spitze der Volksräte muß
die Nationalversammlung sein. Die alle Parteien ohne
Ausnahme als gleichberechtigte Mitglieder umfaßt.

Agitation in der Schweiz.

Zürich, 11. Dez. Laut „A. d. r. Zeitung“ soll in
Zürich ein Kurier des Stuttgarter A- und S.-Rats abge-
gangen worden sein, der von Liebknecht verfaßte Pro-
schüren zu Propagandazwecken unter den Jungburschen
einzuschmuggeln versuchte.

Dunkle Gerüchte.

London, 11. Dez. „Morning Post“ meldet aus
dem Haag: „Das Verhalten des deutschen Kaisers in
seinem holländischen Abt läßt immer mehr die Annahme
zu, daß der Kaiser krank sei. Der Kaiser ist von heiter-
ster Laune, ergeht sich in Scherzen und Witz über seine
Abdankung und zeigt über den Zusammenbruch seines
Houses nicht die geringste seelische Einwirkung. Der
Kaiser Wilhelm II. steht jedenfalls vor einer neuen eigen-
artigen Stufe.“

Berlin, 12. Dez. Einer Genfer Depesche des „Ber-
liner Volksanzeigers“ aus Genf zufolge berichtet das
„Journal de Geneve“, das Verlangen der Auslieferung
Wilhelms II. und des früheren deutschen Kronprinzen
finde durchaus nicht die Zustimmung eines großen Teils
der Bevölkerung der Entente, weil dem Gesetz im
Allgemeinen und der Neutralität Hollands dadurch Ge-
walt angetan würde, was auch namhafte Rechtsgelehrte
zugestanden.

Rückkehr der Wehrpflichtigen in die Schweiz.

Singen a. S., 11. Dez. Hinsichtlich der Rück-
kehr der in der Schweiz wohnhaften deutschen Wehr-
pflichtigen und die Verhandlungen zwischen den schweize-
rischen und deutschen Behörden beendet, so daß der Ab-
transport nunmehr regelmäßig vor sich gehen kann.
Die Leute werden zunächst nach dem Beobachtungslager
Frauenfeld übergeführt und von dort durch die Fremden-
polizei in ihre Wohnorte entlassen. Auskünfte über
die Rückreise nach der Schweiz erteilt der Soldatenrat
deutscher Wehrmänner aus der Schweiz in Singen a. S.

Ausweisung eines deutschen Votischafers.

Madrid, 11. Dez. Ministerpräsident Romanones
(der bekannte Enentefreund! D. Schr.) wird den deut-
schen Votischafers, Herzog von Railbor, wegen „Espionage-
propaganda“ ausweisen.

Die Engländer in Danzig.

Danzig, 11. Dez. Um „Andenken an Danzig“ zu
haben, entziehen nachts englische Offiziere den Deutschen
vor Marinelager stehenden Wachtposten die Karabiner.
Englische Matrosen haken im Hafen hängende, der
Stadt gehörige Rettungsgürtel.

Deutsche Vorschüsse an die Türkei.

London, 11. Dez. „Daily Mail“ meldet aus
Konstantinopel: Die Nachprüfung der neuen Regierung
im Finanzministerium hat ergeben, daß die Türkei
während der vier Kriegsjahre von Deutschland insge-
samt 3 1/2 Milliarden Vorschüsse in bar erhalten hat,
für die irgend eine Deckung an Deutschland nicht gegeben
war.

Neues vom Tage.

Wien, 11. Dez. Die Tischen besetzen in Böhmen
eine deutsche Stadt um die andere, wobei es ohne Gewalt-
tätigkeiten und Plünderungen nicht abgeht.

Verteidigung der Baltten.

Kowno, 11. Dez. Wie die Presseabteilung der
baltischen Lande mitteilt, nähert sich der bolsche-
wistische Vandalenkrieg infolge des Abrückens der deutschen
Truppen von Pleskau bereits Mittel-Litauen. Für das
Getreidegebiet, ohne das Riga vor Hunger stirbt, und
um Riga selbst zu schützen, organisiert der deutsch-bal-
tische Nationalausschuß in Riga Landwehrlinien,
die gemeinsam mit Truppen der deutschen Republik
die bolschewistischen Einfälle zurückzuschlagen sollen. Zahl-
reiche wehrfähige Baltten aus Deutschland, sämtliche bal-
tischen Kriegsfreiwilligen der deutschen Armee und andere
deutsche Freiwillige treten in die Kompagnien ein, be-
ren Meldestelle sich in Berlin, Marchstraße 4 und in
Riga, Peterrealstraße, Pajschlin-Boulevard, befindet. Wird
Riga nicht behauptet, so ist auch Kurland verloren und
Ostpreußen unmittelbar in Gefahr.

London, 11. Dez. Reuter meldet, die britische Re-
gierung werde eine Gesandtschaft nach Polen schicken,
um den Alliierten über die Verhältnisse in diesem Lande
zu berichten.

Protest der Limburger.

Haag, 11. Dez. (Korr.-Bur.) 49 in Maastricht
verfaßte sächsisch-limburgische Bürgermeister sandten ein
Telegramm an die Königin, worin sie ihre Entrüstung
über die Bestrebungen auf Abtrennung eines Teils Lim-
burgs vom niederländischen Staatsverband zum Ausdruck
bringen und die Königin ihrer Treue und Unabhängig-
keit versichern. (Limburg soll bekanntlich von Belgien
verschluckt werden.)

Ausland in England.

London, 11. Dez. „Daily Mail“ meldet: Der angedrohte Ausbruch der hunderttausend Textilarbeiter in Lancashire ist eingetreten, weil man ihnen die 60 Prozent Lohnerhöhung nicht bewilligen wollte. Insgesamt werden etwa 200 000 Arbeitslose zu zählen sein. Die Streikliste des Verbands verfügt über eine Million Pfund Sterling, sodass der Ausbruch mehrere Monate durchgehalten werden kann.

Tagesordnung der Delegierten-Versammlung der A. S.-Räte.

Berlin, 9. Dez. Der Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte gibt folgende Tagesordnung für die Delegierten-Versammlung am 16. Dezember bekannt: Bericht des Vollzugsrats; Nationalversammlung oder Räte-System; Sozialisierung des Wirtschaftslebens; Friedensregelung und deren Einfluss auf den Aufbau der deutschen sozialistischen Republik; Wahl des Vollzugsrats der Republik. Es wird darauf aufmerksam gemacht, dass je 50 000 Frontsoldaten das Recht haben, einen Vertreter zu wählen, ferner, dass die Schutztruppe gesondert einen Vertreter entsendet.

Vorverlegung der Wahlen.

Stuttgart 11. Dez. Die prov. Regierung hat die Wahlen zur verfassunggebenden Landesversammlung auf den 12. Januar (statt 26. Januar) verlegt.

Abtrennung der Pfalz von Baden?

Karlsruhe, 11. Dez. Der „Bad. Landesztg.“ wird mitgeteilt, dass sich im nördlichen Teile Badens Bestrebungen bemerkbar machen, die auf die Abtrennung des ehemals kurpfälzischen Gebiets des Landes und eine Wiedervereinigung mit der Pfalz hinauslaufen. Ein Bürgermeister einer bad. Mittelstadt soll sich dieser Aufgabe mit besonderem Eifer gewidmet haben; auch wurde schon Mannheim als Hauptstadt dieser neuen Republik genannt. Vom heutigen Lande Baden gehörten damals (1329—1777) zur Kurpfalz u. a.: Mannheim, Heidelberg, Schwetzingen, Boppart, Eberbach, Mosbach, Sinsheim, Weingarten und Bretten.

Deutsch-tschechisches Handelsabkommen.

Dresden, 11. Dez. Nach einem Uebereinkommen mit der tschecho-slovakischen Republik liefert Deutschland 15 000 Tonnen Steinlofen und Koks monatlich gegen 70 000 Tonnen Braunkohle, welche die tschecho-slovakische Republik zur Verfügung stellt. Ferner gestattet die Republik die Ausfuhr beschränkter Mengen von Marmelade, Pflaumenmus, getrocknetem Obst, Holz, sowie Hartblei. Deutschland liefert Maschinen, Erzeugnisse der elektrotechnischen Industrie unter gewissen Vorbehalten, ferner Chemikalien, soweit es die Befriedigung des inländischen Bedarfs zulässt, sowie Stahl für die Frühjahrsabgung.

Die holl. Regierung zum Auslieferungsbegehren.

Haag, 11. Dez. In der zweiten Kammer erklärte der Ministerpräsident, der Kaiser habe schon vor seiner Flucht nach Holland abgedankt. Darnach handelt es sich nicht um Internierung, sondern um Gastrecht und Gastfreundschaft. Die Regierung wünschte, dass sie dadurch in Schwierigkeiten kommen werde, aber sie weise den Vorwurf, dass sie gegen die Neutralität verstoße, zurück. Ein Auslieferungsbegehren müsste auf seine Gefährlichkeit untersucht werden. Holland würde nicht abgeneigt sein, in Unterhandlungen einzutreten, wenn fremde Regierungen wegen eines neuen Aufenthalts des Kaisers vorstellig würden, aber Holland müsste eine Stellung eingenommen werden, die sich mit der Ehre und Würde des Landes vertrüge.

Die Zensur in Frankreich.

Paris, 10. Dez. Pariser Blätter teilen mit, am Sonntag nachmittag habe eine große Versammlung im Pariser Gewerkschaftshaus stattgefunden, in der der Acht-Stunden-Abrüstung und allgemeine Amnestie gefordert wurden. Das Blatt „Populaire“, das als einziges Blatt weitere von der Zensur stark gekürzte Mitteilungen macht, berichtet ferner, dass die Versammlung Gerechtigkeit und allgemeine Verbrüderung sowie die soziale Revolution verlangte.

Englands Verpflichtungen an Amerika.

London, 11. Dez. (Reuter.) Churchill sagte in einer Rede, die er über die finanziellen Fragen hielt, u. a.: England sei an die Vereinigten Staaten sehr verschuldet. Es habe für 400 Millionen Pfund Sterling Gold und 800 bis 1000 Millionen Wertpapiere nach Amerika geschickt. Die Zinszahlung für die Schulden und die Zinsverluste für Wertpapiere würden mehrere Jahre hindurch England eine sehr ernste Bürde auferlegen.

Wilson besucht den Papst?

Röln, 11. Dez. Die „Röln. Ztg.“ erfährt, Wilson werde zum amtlichen Besuch des Papstes am 22. Dezember in Rom eintreffen und drei Tage dort verweilen. Wilson müsste dann doch wohl auch den „verbündeten“ König besuchen. Das amtliche Italien hat aber noch nie geduldet, dass ein Besucher des Quirinal, d. h. des königlichen Hofes, auch im Vatikan Besuche macht. Wilson kümmert sich anscheinend um diese Gepflogenheit nicht, nach der vorkommenden Meldung steht der Quirinal für ihn überhaupt an zweiter Stelle. Die Lage ist nicht uninteressant. (D. Schr.)

Der Verband will auch in China „Ordnung schaffen“.

Peking, 10. Dez. Reuter meldet: Die Gesandten der Alliierten reichten eine Denkschrift ein, in der erklärt wird, die fortwährenden inneren Streitigkeiten in China ermutigten den „Feind“ und verhinderten das Zusammengehen Chinas mit den Alliierten. Die Alliierten verfochten die gegenwärtigen Schritte in der Richtung einer Regelung zwischen dem Norden und dem Süden mit Unverstand und wünschten, die Bestrebungen nach Wiedervereinigung zu unterstützen.

Baden.

Politische Vorgänge in Baden.

(-) Karlsruhe, 11. Dez. Der Landesauschuss der Demokratischen Partei Badens (bisher Fortschr. Pp.) beschloß die Einsetzung einer Kommission zur etwaigen Fortführung der Verhandlungen über den Zusammenschluß der liberalen und der demokratischen Partei auf Grund von Mindestforderungen. Der Vorsitzende L. Weil teilte mit, daß er wie seine beiden Stellvertreter Prof. Helbing und Rechtsanwalt Dr. Gönner von ihren Ämtern zurücktreten. Zum vorl. ersten Vorsitzenden bis zur nächsten ordentlichen Landesversammlung wurde Abg. Hummel, zu seinen Stellvertretern wurden die Abgg. Haas und Müller gewählt.

In einer Vertrauensmänner-Versammlung nat.lib. Organisationen des Kreises in Immendingen wurde beschlossen, die nat.lib. Organisationen aufzulösen und sich der Deutschen demokratischen Partei anzuschließen. Demzufolge hat sich auch der liberale Verein Singen aufgelöst und ist der Deutschen demokratischen Partei beigetreten. Auch die liberalen Vereine in Ueberlingen und Reilingen haben den gleichen Schritt getan.

(-) Karlsruhe, 11. Dez. (Die Entlohnung der Arbeiter.) Den vollbeschäftigten Mitgliedern der Arbeiterräte ist laut „Karlsruh. Ztg.“ eine Tagesvergütung bis zu 10 Mk. für den Tag aus der Staatskasse unter der Voraussetzung gewährt worden, daß es sich um eine notwendige Tätigkeit handelt. Diese Gehälter sind wie die Gehälter für die Soldatenräte von den Gemeinden vorzuschießen. Im Hinblick auf die Lage der Staatskasse ist tüchtigste Sparsamkeit geboten.

(-) Karlsruhe, 11. Dez. Der Stadtrat hat sich in seiner letzten Sitzung dahin ausgesprochen, daß ein Bedürfnis zur Offenhaltung der Verkaufsstellen an den Sonntagen vor Weihnachten nicht gegeben sei und er hat bestimmt, daß, insbesondere auch mit Rücksicht auf die ruhergewöhnliche Kohlennot, die Verkaufsstellen an den noch bevorstehenden Sonntagen vor Weihnachten geschlossen bleiben sollen.

(-) Karlsruhe, 11. Dez. In einer hiesigen Zeitung lesen wir folgende „zeitgemäße“ Anzeige: Suche für jungen Schwanzer gutes Kosthaus, am liebsten auf dem Lande. Angeb. u. w.

(-) Mannheim, 11. Dez. Aus Bad. Dürkheim wird uns berichtet, daß dort am Sonntag bei dem Denkmal für die Gefallenen von 1870/71 eine große Parade französischer Truppen, unter denen sich auch afrikanische Jäger befanden, stattfand. Der franz. Kommandant hatte befohlen, daß während der Parade die Glocken zu läuten seien. Da aber der Küster nicht aufzufinden war, mußten die Franzosen dieses Geschäft selbst besorgen. In Bad Dürkheim, wie in vielen anderen Orten der Pfalz steht der Kurs der Mark auf 54 Pfg.

(-) Mannheim, 11. Dez. Der Sicherheitsdienst fand in einer der letzten Nächte in Käferthal einen herrenlosen Personentransportwagen.

(-) Weinheim, 11. Dez. Der Wirt und Bäckermeister Valentin Künzel wurde verhaftet, weil er von dem Bäckermeister der hiesigen Militärbäckerei 80 Btr. Mehl gekauft hatte. Das Mehl wurde beschlagnahmt, der Militärbäcker ist verhaftet.

(-) Pforzheim, 11. Dez. (Vom Edelmetallgewerbe — Untrene.) Die Pforzheimer Bijouteriefabriken arbeiten zu einem kleinen Teil wieder, nachdem es gelungen ist, von Berlin etwas Rohmaterial bereinzuführen. Die Reichsbank in Pforzheim hat Gold für Auslandsgeld- und Doubleware für In- und Ausland ausgegeben. — Der in einer Bijouteriefabrik in Pforzheim beschäftigte Geschäftsführer August Lehmann stahl aus seiner Arbeitsstelle für 10 000 Mk. nach weiterer Wahrscheinlichkeit für 40 000 Silbermünzen und schmolz sie gegen Verbot ein. Er wurde dafür zu einem Jahr, vier Monaten Gefängnis verurteilt.

(-) Rehl, 11. Dez. Unsere Stadt ist mit Flüchtlingen überfüllt, da die Franzosen die Ausweisung aus Elßig-Lothringen unbekümmert um die Waffenstillstandsbedingungen fortsetzen.

(-) Stuttgart, 11. Dez. (Konferenz der Finanzminister.) Auf der letzten Tage hier abgehaltenen Konferenz der Finanzminister von Württemberg, Baden, Bayern, Hessen und Sachsen wurde, wie verlautet, über wichtige Fragen der Finanzverhältnisse und die finanziellen Beziehungen zwischen den Bundesstaaten und dem Reich Einigung erzielt.

(-) Stuttgart, 11. Dez. (Versammlungs-verbote.) Auf verschiedene Angriffe gibt der Leiter des Kriegswesen, Vizefeldw. Fischer, Aufklärung über ein von ihm im Einvernehmen mit dem Soldatenrat erlassenes Verbot einer Versammlung von Kriegsgefangenen, in der die sozi. listische A. itatorin Klara Zetkin sprechen wollte. Schon in den ersten Revolutionstagen sei verhindert worden, unter den Kriegsgefangenen revolutionäre Propaganda zu betreiben. Die Kriegsgefangenen haben sich dies aber verbeten und erklärt, ihre inneren Angelegenheiten wollen sie selbst regeln. Wenn trotzdem wieder versucht werden sollte, bei ihnen Aufreizung zu treiben, so werden sie sich an ihre Regierungen wenden, die dann schon Mittel und Wege finden werden, die Propaganda zu verhindern. Da nun, sagt der Kriegsminister, von Straßburg nach Stuttgart kein weiterer Weg ist, kann man verstehen, daß der Landesauschuss des Soldatenrats jene Versammlung abgelehnt hat.

Mutmaßliches Wetter.

Der schwache Hochdruck behauptet sich zwar, ist aber bereits von neuen Störungen bedrängt. Am Freitag und Samstag ist deshalb in der Hauptsache vorwiegend bedecktes, mäßig kaltes Wetter zu erwarten.

Württemberg.

(-) Stuttgart, 11. Dez. (Konferenz der Finanzminister.) Auf der letzten Tage hier abgehaltenen Konferenz der Finanzminister von Württemberg, Baden, Bayern, Hessen und Sachsen wurde, wie verlautet, über wichtige Fragen der Finanzverhältnisse und die finanziellen Beziehungen zwischen den Bundesstaaten und dem Reich Einigung erzielt.

(-) Stuttgart, 11. Dez. (Hauptauschuss der Deutschen demokratischen Partei.) Gestern nachmittag erledigte der Hauptauschuss der Deutschen demokratischen Partei in einer Sitzung im Stadgarten die hauptsächlichsten Programmpunkte der Partei für die württ. verfassunggebende Versammlung. Bezüglich der Frage, ob für den Freistaat Württemberg ein Präsident durch Volksabstimmung berufen werden oder ob der Ministerpräsident auch die Funktionen des Staatsoberhauptes übernehmen sollte, wurde einstimmig beschlossen, daß in Anbetracht des kleinen Umfangs des Landes der Ministerpräsident zugleich die Rechte eines Präsidenten des Freistaats ausüben sollte. — Die Frage des Referendums wurde eingehend beraten und beschlossen, daß unmittelbare Gesetzgebung durch Volksabstimmung angeführt werden solle. Auf Antrag Elßig-Stuttgart soll sie sich auf grundlegende Gesetze beschränken. Die endgültige Beschlussfassung erfolgt in der nächsten Sitzung. — Eingehende Besprechungen fanden die Wünsche unserer

hohenzollerischen Nachbarn, welche die staatliche Verbindung mit Preußen lösen und eine solche mit Württemberg eingehen wollen. Beschlossen wurde, wenn eine

Abgehung der Hohenzollern erfolge, sie in die staatliche Gemeinschaft der Republik Württemberg aufzunehmen, doch hätte eine richtige Regelung bezüglich des früheren Staatsdomänen voranzugehen; im übrigen sollen berechnete Wünsche der Hohenzollern erfüllt werden. — Ebenso wurden die staatlichen Beziehungen zu den süddeutschen Staaten, insbesondere zu Baden, beraten und beschlossen, sich mit den Nachbarn über gemeinsame Politik und gemeinsame Staatseinrichtungen auf den dafür geeigneten Gebieten in Verbindung zu setzen. — Das Verhältnis von Staat und Kirche in seiner bisherigen Form soll gelöst und ein gerechter, den Bedürfnissen und Pflichten beider entsprechender Ausgleich geschaffen werden, wobei den Kirchen die Stellung öffentlich rechtlicher Körperschaften mit Vermögens- und Steuerrecht gewährt werden soll. — Die Fideikomnisse, die Patronats- und Adelsrechte und alle sonstigen Rechte, wie Fischerei-, Weid- und ähnliche Rechte sollen unentgeltlich aufgehoben werden. — Die Vermögensabgabe, bis angeht die Finanzlage jeder zu leisten hat, muß in progressiver Staffelung vor ihrer Aufhebung auch die Fideikommissgüter erfassen. — Mit der neuen Steuer- und Gesetzgebung muß eine durchgreifende gerechte Sozialisierung durchgeführt werden, wobei der schrankenlose Unternehmungsgewinn nicht bloß durch Kriegsteuern vorübergehend, sondern dauernd scharf zu erfassen ist.

Eingehende Beschlüsse hierüber und die sonstigen Steuern werden in der nächsten Sitzung gefaßt. — Ueber Verlehrsfragen, Ausnützung der Wasserkräfte und Anschluß Württembergs an die großen Wasserstraßen, sowie über Staatsvereinfachung wurde eingehend verhandelt. Auf darüber wird in der nächsten Sitzung beschlossen werden.

(-) Stuttgart, 11. Dez. (Versammlungs-verbote.) Auf verschiedene Angriffe gibt der Leiter des Kriegswesen, Vizefeldw. Fischer, Aufklärung über ein von ihm im Einvernehmen mit dem Soldatenrat erlassenes Verbot einer Versammlung von Kriegsgefangenen, in der die sozi. listische A. itatorin Klara Zetkin sprechen wollte. Schon in den ersten Revolutionstagen sei verhindert worden, unter den Kriegsgefangenen revolutionäre Propaganda zu betreiben. Die Kriegsgefangenen haben sich dies aber verbeten und erklärt, ihre inneren Angelegenheiten wollen sie selbst regeln. Wenn trotzdem wieder versucht werden sollte, bei ihnen Aufreizung zu treiben, so werden sie sich an ihre Regierungen wenden, die dann schon Mittel und Wege finden werden, die Propaganda zu verhindern. Da nun, sagt der Kriegsminister, von Straßburg nach Stuttgart kein weiterer Weg ist, kann man verstehen, daß der Landesauschuss des Soldatenrats jene Versammlung abgelehnt hat.

(-) Stuttgart, 11. Dez. (Die Franzosen in Reichsland.) An hiesiger militärischer Stelle ist ein Bericht von Flüchtlingen des A- und S-Rats in Rehl eingegangen, wonach in Rehl und in ganz Lothringen die Franzosen alle männlichen Personen internieren, deren Eltern nicht schon vor 1870 in Lothringen gewohnt haben. Soweit bekannt, sind allein von Rehl 380 Offiziere und 6000 Mann nach Nancy geschafft worden, von wo sie weiter nach Nordfrankreich gebracht werden sollen. Sämtliche Denkmäler sind von ihren Sockeln heruntergerissen. Die Denkmäler wurden soviel als möglich zerstört. Nichtlothringer tun gut daran sich nicht nach Lothringen zu begeben.

(-) Stuttgart, 11. Dez. (Schwüle Luft.) Gestern nachmittag hatten wir Fieger aus Böblingen zu Besuch, die über die Stadt Tausende von Flugblättern abwarfen. Darin wurden die Soldaten und Arbeiter vor einer angeblichen militärischen Gegenrevolution gewarnt und die Behauptung aufgestellt, man wolle Soldaten anwerben, um neue militärische Verbände zu gründen, die Fliegerabteilungen sollen bewaffnet ins Württembergische Land geschickt werden. Plakate wurden herumgetragen, die vom „roten Soldatenrat“ unterzeichnet waren, worin die Aufforderung zum Besuch einer Versammlung stand, in der unter anderem auch der frühere Kriegsminister, Schreiner, der der Sportklubgruppe angehört, sprach. Daß an den im Flugblatt aufgestellten Behauptungen kein wahres Wort war, ist nicht zu zweifeln. Das Postamt war zur Sicherheit auf Ersuchen des Generalkommandos militärisch besetzt worden.

Einer, der sich zu helfen weis. Folgender Vorfall wird aus der Umgebung von Ulm a. D. berichtet: Ein Stallbesitzer hatte vier jugendliche Kriegserbeiden mit Pferden im Quartier. Die neue Freiheit saßen die vier Burschen dahin auf, daß sie im Stall tun und lassen könnten, was ihnen beliebt und nach den Anordnungen ihres Unteroffiziers nichts zu fragen hätten. Anderer Meinung war der Stallbesitzer. Er erschien, mit einem kräftigen Stod bewaffnet, bei den Bieren und hielt ihnen eine Ansprache folgenden Inhalts: Eine solche Sanerei habe er in einem Stall noch nie gesehen und solche Dreckerle von Soldaten setzen ihm noch nie vorgekommen. Wenn der Unteroffizier dagegen nichts machen könne, das begreife er; aber er selber sei noch Herr in seinem Stall und wisse sich Geltung zu verschaffen. Wenn nicht augenblicklich der Stall in den Zustand p. inlichster Sauberkeit versetzt werde, habe er die Kerle, daß sie liegen bleiben. — In einer halben Stunde glück der Stall einem festlich gefegten Tanzboden.

Schülerräte. In Bayern werden jetzt an sämtlichen höheren Unterrichtsanstalten, Präparandenschulen, Lehrerseminaren, höheren Mädchenschulen und gewerblichen Fachschulen alsbald Schülerausschüsse gebildet. Jede Schule hat auch einen Lehrer-Vertrauensrat, bestehend aus dem Aufsichtsvorstand und zwei Lehrern. Den Anstalten wird empfohlen, auch die Schülervertretung zuzulassen und sie zu fördern.

Reiderwunder. In den Geschäftsräumen der Reichsbank von Sidor Bach in München wurden über 30.000 Herren- und Damenkleider, zum Teil aus dem Jahr 1914 stammend, vorgefunden. Außerdem entdeckte man eine Menge Baueingewänder, gegen die Bach Lebensmittel einzuhandeln pflegte. Bach hat seit Kriegsbeginn aus den wucherlich zurückgebliebenen Waren 200 bis 700 Prozent Gewinn gemacht. Alle Bestände wurden beschlagnahmt.

4 700 000 Mk. veruntrent. Nach der „V. J. a. W.“ hat der langjährige Angestellte des Bankhauses Reichröder Richard Gerike in Berlin einem Lebejüngling namens Stempel Millionen zugestiftet, um ihm Spekulationen in Sekt, die Unterhaltung eines Rennparks, die Gründung zweier Bildergalerien usw. zu ermöglichen, obgleich dieser wegen geistiger Minderwertigkeit aus dem Heere entlassen worden war. Eine Revision der Bank ergab, daß Gerike 4 700 000 Mark in Kriegsanleihe aus dem Tresor entwendet hatte.

Brand. Die umfangreichen Gebäude der Werkbund-Ausstellung in Köln-Deutz stehen seit Samstag mittag zum größten Teil in Flammen, die Feuerwehre ist machtlos. Die Brandursache ist bis jetzt unbekannt.

Eisenbahnunglück. Am Freitag abend stieß der Schnellzug Paris-Deleans beim Bahnhof von Weing sur Voire mit einem amerikanischen Güterzug zusammen. Vier Wachen wurden zerschmettert, 10 Tote und 25 Verletzte wurden festgestellt. Unter den Trümmern liegen noch Leichen.

Das „Bureau der freien Liebe“. Die „Zweijährige“, das amtliche Blatt der bolschewistischen Regierung, veröffentlicht nach der „Nationalzeitung“ folgende Verordnung der Volkskommission in Wladimir der Hauptstadt der gleichnamigen Provinz: „Jedem Mädchen, das das 18. Lebensjahr erreicht hat, wird von dem Sozialaufsichtskommissar die volle Unverleglichkeit seiner Person gewährleistet. Jeder Urheber eines Verstoßes gegen ein 18jähriges Mädchen wird die volle Strafe des Revolutionsgerichts erfahren. Ein Mädchen, das 18 Jahre alt geworden ist, wird zum Staatseigentum erklärt. Alle solchen Mädchen, die noch nicht verheiratet sind, müssen bei Vermeidung strenger Strafen sich im Bureau für freie Liebe im Aufsichtskommissariat eintragen lassen. Wenn ein Mädchen dieser Pflicht genügt hat, darf es unter den Männern zwischen 19 und 50 Jahren wählen. Die Zustimmung der Männer zu dieser Wahl ist unnötig; ein Mann, auf den eine solche Wahl gefallen ist, hat kein Recht zum Widerspruch. Das Recht, aus einer Zahl von Mädchen, die 18 Jahre alt geworden sind, zu wählen, steht auch den Männern zu. Die Gelegenheit, einen Gatten oder eine Frau zu wählen, einmal monatlich zu bieten. Männer zwischen 19 und 50 Jahren haben das Recht, unter den einregistrierten Frauen selbst ohne deren Zustimmung im Staatsinteresse zu wählen. Kinder, die aus solchen Verbindungen hervorgehen, werden Staatseigentum.“

Einschränkung der Biererzeugung. Das Reichsernährungsamt hat die Vellegerung der Brauereien mit Gerste um etwa ein Drittel, d. h. um rund 27.000 Tonnen gekürzt. Die Brauereien erhalten nur noch 5 Prozent des Friedensverbrauchs. Die frei werdende Gerste wird zur Herstellung von Lebensmitteln (Graupen usw.) verwendet.

Gastwirtswäsche nicht mehr beschlagnahmt. Die Beschlagnahme der Wäsche in Gastwirts- und ähnlichen Betrieben, sowie in Wäscheverleihschäften ist durch eine Bekanntmachung der Reichsbekleidungsstelle vom 7. Dez. aufgehoben worden. Die Besitzer solcher Wäsche können sie danach wieder beliebig in ihrem Betriebe verwenden oder verarbeiten. Die Veräußerung dagegen ist nur ohne Gewinn und nur an Wiederverkäufer, nicht aber an Verbraucher gestattet. Das Tischdeck- und Mundtuchverbot mußte zunächst noch aufrecht erhalten bleiben.

Nicht nicht an den Rhein. Infolge der durch die französische Heeresleitung angeordneten achtstägigen Grenzsperrung ist Kehl bereits überfüllt von Leuten, die den Rhein überschreiten wollten, aber zurückgewiesen wurden. Es empfiehlt sich daher, Reisen nach Elsas-Lothringen bis auf weiteres zu verschieben.

100 Jahre „Stille Nacht, heilige Nacht“. Mag auch auf dem ganzen deutschen Vaterland der Druck der Ereignisse und die Not der Zeit lasten, die schönste Weihnachtsfreude wird nicht aus den Herzen von groß und klein verschont werden können. Wieder werden die alten Weihnachtslieder über den geschmückten Tan-

nenbaum emporsteigen und wieder wird unter diesen Liedern das altehrwürdige „Stille Nacht, heilige Nacht“ am innigsten und hellsten klingen. Und am Heiligabend dieses Jahres werden gerade 100 Jahre verstrichen sein, seitdem dieses Weibselied „Stille Nacht“ von dem Bilar Joseph Mohr gedichtet wurde. Der Lehrer Franz Gruber hat um die zum Gemeingut des Volks gewordenen Verse die süße, vertraute Melodie geschrieben, und am 24. Dezember 1818 wurde in der St. Nikolaus-Kirche in Oberndorf an der Salzach das Weibselied „Stille Nacht, heilige Nacht“ von andächtigen Menschen zum ersten Mal öffentlich gesungen.

Schweres Eisenbahnunglück. Bei Chateauroux am Andre (nördlich von Tours) stießen am Samstag zwei Eisenbahnzüge zusammen. Bis jetzt werden 68 Personen als getötet, 151 als verletzt gemeldet.

Bezahlt die Steuern! Das Reichsschatzamt macht darauf aufmerksam, daß alle Steuern unverändert weiter zu zahlen sind, insbesondere auch die ar. 1. August 1918 in Kraft getretene Umsatzsteuer und die Auguststeuer. Nach Friedensschluß tritt überdies die im Reichstag in die Umsatzsteuer eingefügte Vorschrift über die Vorbelastung der gemischten Unternehmungen in Kraft.

Postverkehr mit unseren Soldaten und Kriegsgefangenen. Für die Truppen in den besetzten Gebieten im Osten (Rußland, Estland, Livland, Letten und den besetzten Teilen von Groß-Rußland, sowie Ukraine, Heeresgruppe Aiew) sind alle Arten Feldpostsendungen (Briefe, Postkarten, Wertpapiere, Postanweisungen und Pakete) nach wie vor zugelassen. Nur die Annahme von Briefsendungen über 50 Gr. Gewicht (Päckchen) ist gesperrt. — Mit den an Bord verbliebenen Besatzungen der infolge des Waffenstillstandsvertrags nach England oder anderen Ländern übergeführten deutschen Kriegsschiffe ist gebührenfreier Postverkehr wie für Kriegs- und bürgerliche Gefangene im Ausland zugelassen. — Postpakete und Päckchen für unsere Kriegs- und bürgerlichen Gefangenen in Frankreich, England und anderen im Westen gelegenen Ländern, sowie Italien werden vom 5. bis 22. Dezember nicht angenommen. Nach Rußland und Rumänien werden Pakete und Päckchen für Gefangene bis auf weiteres überhaupt nicht mehr angenommen.

Einschränkung der Zeitungen. Das Reichsgeistesblatt veröffentlicht eine Verordnung über Druckpapier, die den Wochenumfang der Tageszeitungen unter Zugrundelegung ihrer Auflagen und Erscheinungsart einschränkt und die Zurücknahme und den Umtausch verkaufter Exemplare sogenannter Remittenten verbietet. Dies ist veranlaßt durch die Kohlen- und Transportbeschwerden, die für die nächste Zeit die Papierbelieferung der Tageszeitungen in dem bisherigen Umfang als undurchführbar erscheinen lassen.

Druck und Verleger: B. Postmann'schen Buchdruckerei in Wildbad. Verantwortlich: C. Weinhardt daselbst.

Einladung.

Zur Lösung von **Neujahrswunschenthebungsarten** wird auch heuer wieder eingeladen.

Die Karten können beim Amtsdienner und den Schulleuten in Empfang genommen werden.

Die eingegangenen Beträge werden auf Neujahr zur Unterstützung von Armen, namentlich solcher, die nicht in öffentlicher Armenunterstützung stehen, verwendet werden.

Die Namen der Kartenzöher werden noch vor Neujahr bekannt gegeben mit dem Hinweis, daß derjenige, welcher eine solche Karte erwirbt, auf diese Weise seine Neujahrsglutation darbringt und auch seinerseits auf Besuche oder Kartenzusendungen verzichtet.

Wildbad, den 6. Dezember 1918.
Stadtschultheiß: Ev. Stadtpfarrer: Rath, Stadtpfarrer
Bäpner. Köhler. Fischer

Dankagung.

Von einem hiesigen Fräulein, das nicht genannt sein will, wurden mir für die Kriegspatenschaft der hiesigen Kriegserweibten

500 Mark 5 % Kriegsanleihe übergeben, wofür ich herzlichsten Dank sage.

Wildbad, den 11. Dezember 1918.
Stadtschultheißenamt: Bäpner

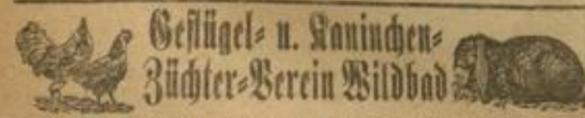
Berebung von Notstandsarbeiten.

Das Liefern, Beführen und Bersehen einer **Naturgranittreppe** von Feldweg 33/1 zur Bäpnerstraße soll vergeben werden.

Die Unterlagen sind unentgeltlich beim Stadtbauamt erhältlich.

Angebot sind bis Samstag den 21. Dez. vorm. 11 Uhr dort einzureichen.

Stadtbauamt Wildbad.



**Geflügel- u. Kaninchen-
Züchter-Verein Wildbad**

Am Sonntag, den 15. Dezember nachm. 1 Uhr findet im Gasthaus zur alten Linde eine

General-Versammlung

statt, wozu die Mitglieder eingeladen werden.

Tagesordnung.

1. Geschäfts- und Rechenschafts-Berichte, 2. Neuwahlen, 3. Vorklausurstellung 25.-26. Dez., 4. Unterhaltungsabend für die beimlehrenden Mitglieder des Vereins 29. Dez., 5. Verschiedenes. Bestellungen auf Futtermittel wollen sofort gemacht werden.

Der Vorstand **Karl Kometsch.**

Metallfadentlampen

10, 16, 25, 32, 50, 75 und 100
kerzig

sind stets zu haben bei

Herrn C. Gott

Für den Weihnachtsgebrauch

empfehlen unsere reiche Auswahl in

Guten Bücher

für jung und alt

Briefpapier in Kassetten,
offen und in Mappen

Weihnachts- und Neujahrskarten

Unterhaltungs-Spiele

für jung und alt

Damen-Ziegellack

Bilder- und Postkarten-Rahmen

sowie sämtliche Schreibwaren Artikel

Ferner sollte auf keinem **Weihnachtstisch** die

Wildbader Kriegs-Chronik

u. a. mit Verzeichnis der Gefallenen, Vermissten und Ausgezeichneten in diesem Kriege, fehlen.

Zu haben bei

22
1/2
2/3

Geschw. Flum,
neben der Sonne.

Ein neuer Morabupelz

ist zu verkaufen.
Wer sagt die Grped. [190

Kautschuk-Stempel

empfiehlt **C. W. Gott.**

Haarneze

nur beste Qualität
Gauben- u. Stirnnetz

Stück Mk. 1.80

bei

Chr. Schmida, Sohn

Wildbad.

Am Samstag, den 14. Dezember 1918.
abends 8 Uhr.

in der Turnhalle

wird Herr **Landtagsabgeordneter Fischer aus Stuttgart** über

**den Wiederaufbau Deutschlands und das
deutsche Bürgertum**

sprechen.

Die **Einwohnerschaft Wildbad und Umge-
bung, auch Frauen** werden hi zu freundlich
und dringend eingeladen.

Deutsche Demokratische Partei.

Geschäfts-Empfehlung.

Der geehrten Einwohnerschaft, insbesondere meiner wer-
ten Rundschau zur gest. Kenntnis, daß ich, vom Heeresdienst
entlassen, meine

mech. Schreinerei

wieder eröffnen werde und bitte meine frühere Rundschau
um Ihr ferneres Vertrauen.

Hochachtungsvoll

Wilhelm Gisele.

Bau- und Möbelschreinerei.

Blaufelchen

sind eingetroffen

Adolf Blumenthal.